

Auswirkungen der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Das ZEW hat mit Unterstützung der Citibank untersucht, wie sich eine erweiterte Besteuerung privater Veräußerungsgewinne auf das Geldvermögen auswirken würde. Es zeigt sich, dass die Auswirkungen im Durchschnitt zwar nicht gravierend sind, die Renditeeinbußen aber insbesondere im Zusammenhang mit einer kapitalgedeckten Altersvorsorge mit aktienorientierten Investmentsparverträgen hoch sein können.

■ Die Diskussion um eine erweiterte Besteuerung privater Veräußerungsgewinne lebt immer wieder auf. Bereits in der ursprünglichen Fassung des Steuerbegünstigungsabbaugesetzes war die Besteuerung von Kursgewinnen aus Wertpapiergeschäften auch nach der bislang geltenden einjährigen Spekulationsfrist vorgesehen. Auch wenn sich dieser Entwurf nicht durchsetzen konnte, ist damit zu rechnen, dass das Thema bald wieder auf der politischen Agenda stehen wird. So hat der Bundesfinanzhof das Bundesverfassungsgericht be-

reits im Juli 2002 um eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen gebeten. Durch ein aktuelles Urteil, das einen staatlichen Anspruch auch auf die vorläufige Erhebung der Spekulationssteuer verneint, hat der Bundesfinanzhof seiner Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Überprüfung und gegebenenfalls Neuregelung der Besteuerungspraxis Nachdruck verliehen.

Vor diesem Hintergrund hat das ZEW mit Unterstützung der Citibank-Stiftung die quantitativen Auswirkungen einer er-

weiterten Besteuerung privater Veräußerungsgewinne im Geldvermögen untersucht und weitere in jüngster Zeit diskutierte Reformoptionen analysiert (ZEW-Dokumentation 03-08). Grundlage der Betrachtungen sind die auf das Jahr 2003 hochgerechneten Vermögensbestände, die im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 erhoben wurden. Es wurden erörtert: die Einführung einer Steuer von 15 Prozent auf realisierte Veräußerungsgewinne, die Einführung einer Zinsabgeltungssteuer von 25 Prozent nach dem Entwurf des Zinsabgeltungssteuergesetzes sowie eine Vereinheitlichung der Kapitalertragsbesteuerung durch eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf Kapitaleinkünfte und realisierte Veräußerungsgewinne.

Kapitalgedeckte Altersvorsorge mit aktienorientierten Investmentsparverträgen

		ohne Wertzuwachssteuer	mit Wertzuwachssteuer*	Differenz
ohne Umschichtung	Endguthaben (€)	359.937,85	339.727,49	- 20.210,36
	Rendite p.a.	10,8 %	10,5 %	- 0,24
mit allmählicher Umschichtung**	Endguthaben (€)	184.279,21	173.208,49	- 11.070,72
	Rendite p.a.	7,96 %	7,69 %	- 0,27
mit einmaliger Umschichtung***	Endguthaben (€)	234.446,27	218.307,44	- 16.138,84
	Rendite p.a.	8,99 %	8,68 %	- 0,30

* 15 Prozent Renten/ 7,5 Prozent Aktien

** Im 23. Jahr Verkauf von 25 Prozent des Aktienbestands, im 27. Jahr Verkauf von 50 Prozent des verbleibenden Aktienbestands, im 31. Jahr Verkauf von 75 Prozent des verbleibenden Aktienbestands und jeweils Umschichtung in Rentenwerte.

*** Umschichtung des gesamten Anlagebetrags nach zehn Jahren in Rentenwerte.

Annahmen: Laufzeit 35 Jahre, Einzahlung 1.000 € p.a., Grenzsteuersatz des Anlegers 35 Prozent, Durchschnittsrenditen für Aktien und Renten 1993 bis 2002.
Quelle: ZEW-Berechnungen

In dieser Ausgabe

Auswirkungen der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	1
Familie und Beruf sind in Deutschland immer noch schwer zu vereinbaren	2
Dienstleister der Informationsgesellschaft sind weiterhin zuversichtlich	3
Löhne und Freizeit	4
ZEW-Konferenz; ZEW intern	5
ZEW intern; ZEW-Termine; ZEW-Stellenanzeige	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

ZEW-Forschungsergebnisse

Die Studie zeigt, dass insgesamt die Effekte sowohl einer erweiterten Veräußerungsgewinnbesteuerung als auch der Einführung einer Zinsabgeltungssteuer auf die Anlegerrendite moderat sind. Innerhalb der bisherigen Spekulationsfrist profitieren Haushalte mit hohen Grenzsteuersätzen von einer Pauschalierung der Spekulationssteuer. Bei Betrachtung langfristiger Ansparprozesse verringert die Einführung einer 15-prozentigen Steuer auf realisierte Veräußerungsgewinne die jährliche Portfoliorendite dagegen um 10 bis 20 Basispunkte.

Die Einführung einer pauschalen Zinsabgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent würde tendenziell die Zinssteuerbelastung senken, die Effekte der Wertzuwachssteuer im Allgemeinen aber nicht vollständig kompensieren. Am stärksten

wäre dieser Effekt wegen des progressiven Einkommensteuertarifs für die Haushalte mit hohem Einkommen. Eine Wertzuwachsbesteuerung träfe dagegen auch geringer verdienende Haushalte, die von einer Pauschalierung der Zinsbesteuerung nicht oder nur in geringerem Maße profitieren würden. Ähnliche, quantitativ leicht unterschiedliche Effekte zeigen sich bei einer Pauschalierung aller Steuern auf 25 Prozent. Die Zinsabgeltungssteuer gewänne allerdings erheblich an Bedeutung, wenn das Steuerprivileg für langlaufende Lebensversicherungen abgeschafft würde. Unterstellt man eine periodische Besteuerung der Erträge von Lebensversicherungen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, dann würden die Vorteile einer Zinsabgeltungssteuer die Nachteile einer erweiterten Be-

steuerung von privaten Veräußerungsgewinnen überkompensieren.

Insbesondere bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge mit aktienorientierten Investmentparverträgen kann eine Veräußerungsgewinnbesteuerung zu deutlicheren Renditeeinbußen führen (s. Tabelle). Bei Umschichtungen des Portfolios zugunsten risikoärmerer Anlageformen, wie sie typischerweise mit fortschreitendem Lebensalter vorgenommen werden, müssen Anleger zusätzliche Renditenachteile in Kauf nehmen. Wenn das Ziel der kapitalgedeckten Alterszusatzvorsorge nicht konterkariert werden soll, sollten daher Portfolioumschichtungen im Rahmen von altersvorsorgeorientierten Investmentparverträgen von einer Wertzuwachsbesteuerung ausgenommen werden. ◀

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Familie und Beruf sind in Deutschland immer noch schwer zu vereinbaren

Französische Mütter sind häufiger berufstätig als deutsche Mütter, und dies, obwohl Französinen häufiger und auch mehr Kinder haben. Ein Grund für die höhere Erwerbstätigkeit bei größerem Kinderreichtum in Frankreich ist die im Vergleich zu Deutschland anders strukturierte Familienpolitik. Das zeigen Auswertungen repräsentativer Datensätze für die Jahre 1992 bis 2000 am ZEW.

■ Französische Frauen sind häufiger Mütter als deutsche Frauen, und im Durchschnitt haben sie mehr Kinder. Trotzdem sind sie häufiger berufstätig als deutsche Mütter: Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 03-50) zeigt, dass im Jahr 2000 in Frankreich 68 Prozent der Mütter einer Beschäftigung nachgingen, während in Deutschland dieser Anteil bei lediglich 57 Prozent lag. Besonders stark ist der Unterschied für Mütter mit Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren: Nur 36 Prozent der deutschen Frauen mit mindestens einem Kind unter sechs Jahren sind erwerbstätig, in Frankreich hingegen 59 Prozent.

Eine Erklärung für die höhere Erwerbstätigkeit französischer Mütter bei größerem Kinderreichtum ist die französische Familienpolitik. Sie verfolgt traditionell

das Ziel, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Dies spiegelt sich beispielsweise in einem flächendeckenden Netz an staatlichen Kinderbetreuungsangeboten wider. In Deutschland hingegen konzentriert sich die Familienpolitik vorrangig auf die finanzielle Würdigung der Erziehungstätigkeit, etwa durch Bundes- und Landeserziehungsgeld. Wie wichtig gut ausgebaute staatliche Kinderbetreuungsangebote sind, zeigt auch ein Vergleich von berufstätigen Müttern in West- und Ostdeutschland. Ostdeutsche Frauen mit Kindern verhalten sich ähnlich wie die Französinen: Sie sind wesentlich häufiger berufstätig. So gehen etwa in Westdeutschland nur 15 Prozent der Mütter einer Vollzeitbeschäftigung nach, in Ostdeutschland dagegen 42 Prozent. Es liegt nahe,

dies auf die nach wie vor bessere Kinderbetreuungssituation in Ostdeutschland, insbesondere auch ganztags und für Kleinkinder, zurückzuführen.

Als unzutreffend entpuppt sich für Deutschland die oft geäußerte Behauptung, dass Frauen mit höherer Schulbildung weniger Kinder bekommen als Frauen mit geringerer Schulbildung. Vielmehr werden höher qualifizierte deutsche Frauen heute einfach später Mutter. Dagegen zeigt sich in Frankreich durchaus ein Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Geburtenzahl. Für beide Länder gilt indes, dass junge Mütter nach der Geburt eines Kindes umso häufiger wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, je höher ihre Bildung ist. ◀

*Charlotte Lauer, lauer@zew.de;
Andrea Weber, weber@zew.de*

ZEW-Forschungsergebnisse

Dienstleister der Informationsgesellschaft sind weiterhin zuversichtlich

Die saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate der Dienstleister der Informationsgesellschaft ist im dritten Quartal 2003 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent gestiegen. Damit setzt sich die zaghafte konjunkturelle Erholung des zweiten Quartals 2003 fort. Für das vierte Quartal 2003 erwarten die Unternehmen weitere Umsatzsteigerungen. Dies zeigt die aktuelle Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft von ZEW und dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss.

■ An der Umfrage von ZEW und Creditreform im September und Oktober 2003 beteiligten sich rund 1.200 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

In Ostdeutschland erstmals wieder leichtes Wachstum

Das jährliche Umsatzwachstum der westdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft beträgt im dritten Quartal 2003 2,3 Prozent, das der ostdeutschen 0,2 Prozent. Damit ist die jährliche Umsatzwachstumsrate der ostdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft erstmals seit dem vierten Quartal 2002 nicht mehr negativ.

Ein vergleichbares Wachstumsniveau hatten die Dienstleister der Informationsgesellschaft zuletzt im vierten Quartal 2002 erreicht. Der für das erste Halbjahr 2003 erhoffte Aufschwung blieb in der Folge allerdings aus. Vor diesem Hintergrund bewerten Konjunkturexperten aktuelle Meldungen, die für eine gesamtwirtschaftliche Erholung sprechen, noch vorsichtig.

Auch die übrigen konjunkturellen Indikatoren, die die Umfrage erhebt, haben sich im dritten Quartal 2003 positiv ent-

wickelt. Der Saldo aus positiven und negativen Veränderungen in der Nachfrage ist von -8 im zweiten Quartal 2003 auf mehr als 33 Prozentpunkte im dritten Quartal 2003 gestiegen. In der Personalentwicklung überwiegt im dritten Quartal 2003 zwar noch immer der Umsatzanteil der Unternehmen, die Personal entlassen haben, den Umsatzanteil der Unternehmen, die Mitarbeiter eingestellt haben. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen ist jedoch um etwa fünf Prozentpunkte gestiegen.

Optimismus für das vierte Quartal

Ausgehend von der positiven Nachfrageentwicklung im dritten Quartal 2003 blicken die Dienstleister der Informationsgesellschaft optimistisch in die nahe Zukunft. Die Unternehmen, die für das

Schlussquartal 2003 mit steigender Nachfrage rechnen, erwirtschaften mehr als 40 Prozent des Umsatzes im Wirtschaftszweig. Die restlichen Unternehmen gehen nahezu alle von einer stabilen Nachfrage aus. Der Saldo aus positiven und negativen Nachfragerwartungen beträgt somit knapp 40 Prozent (Vorquartal 23 Prozent). Der Umsatzanteil der Dienstleister der Informationsgesellschaft, die erwarten, dass ihr Umsatz im vierten Quartal im Vergleich zum dritten Quartal 2003 steigen wird, beträgt mehr als 40 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Umsatzerwartungen liegt bei knapp 38 Prozent (Vorquartal 25 Prozent). Hinsichtlich der Personalentwicklung überwiegt zum ersten Mal seit Anfang 2002 der Umsatzanteil der Optimisten den Anteil der Pessimisten. ◀

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Nachfrageerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen

	fallend	steigend
Werbung	1,1 %	79,7 %
Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung	2,6 %	79,2 %
Forschung u. Entwicklung	10,1 %	78,3 %
Unternehmensberatung	2,2 %	51,2 %
Technische Beratung/Planung	4,3 %	44,4 %
Telekommunikationsdienstleistungen	8,3 %	41,3 %
IKT-Fachhandel	3,3 %	34,2 %
EDV-Dienste und Vermietung	0,1 %	24,5 %
Architekten	3,0 %	6,4 %

Lesehilfe: 6,4 Prozent der Architekten erwarten, dass sich die Nachfrage verbessern wird. Dagegen geben sich 3,0 Prozent der Architekten eher pessimistisch und glauben, dass die Nachfrage künftig zurückgeht.
Quelle: ZEW/Creditreform

ZEW-Forschungsergebnisse

Löhne und Freizeit

Dass Männer im Schnitt höhere Löhne erhalten als Frauen, ist keine Neuigkeit. Dass sie durchschnittlich aber auch mehr Freizeit genießen, ist hingegen weniger bekannt. Eine Studie des ZEW und der Universität Wien belegt, dass ein Zusammenhang zwischen Löhnen und Freizeit von Frauen und Männern besteht.

■ Internationale Zeitverwendungsstudien zeigen, dass Männer mehr Freizeit haben als Frauen. In Deutschland beträgt der Unterschied im Bevölkerungsschnitt 23 Minuten pro Tag, das heißt Männer haben sieben Prozent mehr Zeit für selbstbestimmte Aktivitäten als Frauen. Je nach Erwerbsstatus der Frau unterscheidet sich diese Differenz erheblich. Während der Freizeitunterschied zwischen teilzeitbeschäftigten Frauen und vollzeitbeschäftigten Männern etwas unter dem Gesamtmittel liegt, haben Vollzeit-Frauen mit 32 Minuten beziehungsweise zwölf Prozent relativ weniger selbstbestimmte (Frei-)Zeit.

In einer gemeinsamen Studie haben das ZEW und die Universität Wien den Zu-

men“ und „im Haushalt produzierte Güter“ und somit auch den Umfang ihres privaten Guts „Freizeit“. Zwei Varianten des nichtkooperativen Entscheidungsverhaltens wurden untersucht: eine simultane, in der beide Partner gleichzeitig ihre Zeitverwendung wählen, und eine sequentielle, in der die Partner nacheinander entscheiden. Aus dem theoretischen Modell lässt sich ableiten, dass bei gleichzeitiger Wahl und gleich hohen Löhnen Frau und Mann den gleichen Umfang an Freizeit genießen sollten. Bei sequentiellem Entscheidungsverhalten dagegen hat die/der zuerst entscheidende Partner/in einen Freizeitvorteil, auch bei gleichen Löhnen.

Die ökonomische Untersuchung (siehe unten) zeigt, dass in der Regel der

Lohnunterschied kann sich sogar ein Freizeitnachteil ergeben, da nun die Männer wegen ihres Produktivitätsvorteils mehr Stunden erwerbstätig sind, während ihre Frauen in Teilzeit beschäftigt sind. In diesem Fall haben die Männer trotz Entscheidungsvorsprungs weniger Freizeit.

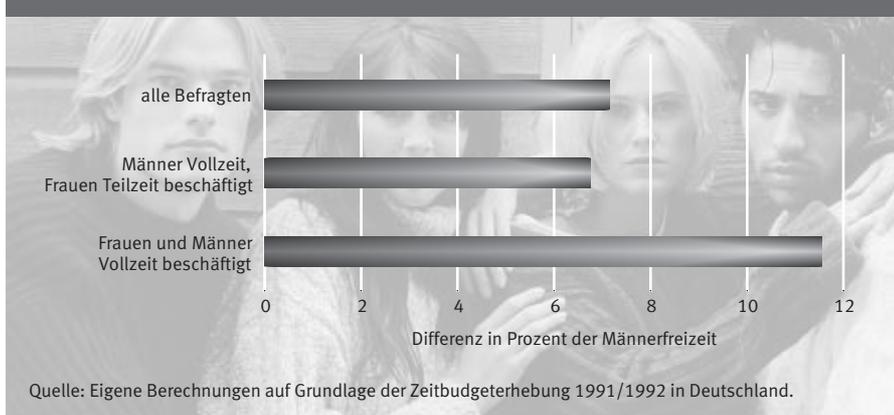
Paare treffen sequentielle Entscheidungen

Diese Modellaussagen wurden in einer ökonomischen Analyse auf Grundlage von Daten des Sozio-ökonomischen Panels getestet. Für eine Stichprobe von 20- bis 60-jährigen Doppelverdiener-Paaren im Zeitraum 1991 bis 2001 zeigte sich ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen Lohnlücke und Freizeitlücke (gemessen in der persönlich zur Verfügung stehenden Zeit nach Abzug von Erwerbs- oder Haushaltstätigkeiten). Den Panelschätzungen zu Folge haben Männer darüber hinaus einen deutlichen Freizeitvorteil auch bei gleicher Lohnhöhe von Frau und Mann. Die empirischen Ergebnisse widersprechen somit der Modellvariante mit der Annahme simultanen Entscheidungsverhaltens und bestätigen die sequentielle Variante.

Die Freizeitlücke zwischen Frauen und Männern lässt sich demnach, neben anderen Faktoren, auch auf geschlechtsspezifische Entscheidungsstrukturen und eine traditionelle Rollenverteilung zurückführen, nach der beispielsweise der Mann die erste Wahl für den Arbeits- und Wohnort trifft und die Frau ihre Entscheidungen auf Grundlage dieser Wahl fällt. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang sowohl das durchschnittliche Alter als auch der Altersunterschied zwischen den Partnern: Je älter das Paar ist und je größer der Altersabstand zwischen Mann und Frau, desto stärker spricht die empirische Evidenz für sequentielles Entscheidungsverhalten. ◀

Dr. Miriam Beblo, beblo@zew.de

Freizeitdifferenz zwischen Männern und Frauen in Deutschland



sammenhang zwischen dieser Freizeitdifferenz bei Frauen und Männern und der schon länger bekannten Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern untersucht. Zunächst wurde ein theoretisches Modell entwickelt, in dem die Zeitverwendung innerhalb des Haushalts als private Bereitstellung öffentlicher Güter erklärt wird. Indem sie über das Ausmaß ihrer Erwerbsarbeit und Haushaltstätigkeiten (beispielsweise Kochen oder Kinderbetreuung) entscheiden, bestimmen Mann und Frau hierin ihre Bereitstellung der beiden öffentlichen Güter „Erwerbseinkom-

Mann diese zeitliche oder entscheidungstheoretische Vormachtrolle in der Partnerschaft hat. Außerdem besteht im theoretischen Modell ein negativer Zusammenhang zwischen der Lohnlücke und der Freizeitlücke von erwerbstätigen Paaren. Demnach genießen vor allem Männer mit relativ besser verdienenden Frauen einen großen Freizeitvorteil – sie profitieren sowohl von ihrem Entscheidungsvorsprung als auch von ihren produktiveren Partnerinnen. Für Männer mit geringer verdienenden Frauen nimmt dieser Freizeitvorteil hingegen ab. Bei großem

ZEW-Konferenz

Blueprint-Konferenz: In Innovations- und Umweltpolitik sind Visionen gefragt

■ In der Umwelt- und Innovationspolitik der Europäischen Union gibt es zahlreiche politische Initiativen. Vorschläge, um die Effizienz dieser Initiativen zu steigern und sie besser aufeinander abzustimmen, wurden im September in Brüssel auf der Abschlusskonferenz des thematischen Netzwerks „Blueprints for an Integration of Science and Technology Policy“ (Blueprint) diskutiert. Das Netzwerk wird von der EU-Kommission gefördert und vom ZEW koordiniert.

Als Vorbild wird im Abschlussbericht der Ansatz des „Transition Management“ erwähnt, der seit einigen Jahren erfolgreich in den Niederlanden angewendet wird. Er zeichnet sich durch eine langfristig angelegte Umwelt- und Innovationspolitik aus, die Visionen in Richtung nachhaltiger Entwicklung wie etwa eine Wende zu erneuerbaren Energien formuliert und sie in mittel- und langfristige Zwischenziele sowie konkrete Politikmaßnahmen übersetzt. Hugo Brouwer vom niederländischen Wirtschaftsministerium veranschaulichte die Politik des „Transition Management“ am Beispiel des Systemwechsels in der Energiewirtschaft. Der Abschlussbericht hält fest, dass mit Hilfe eines vergleichbaren übergeordneten Ansatzes in der EU den Prozessen in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens in den einzelnen Generaldirektionen ein Schub verliehen werden könnte.

Der Abschlussbericht nennt Prioritätensetzung bei der Instrumentenwahl als zweiten Eckpfeiler für die Koordinierung von Umwelt- und Innovationspolitik. Im Kern sollte dabei auf marktwirtschaftliche Anreizinstrumente zurückgegriffen werden. Beherrschten in den 1990er Jahren Umweltsteuern die Diskussion, wird in

novationswirkungen sind gleich null. Vor dem Hintergrund der Verwässerungen des Kioto-Protokolls auf internationaler Ebene wurden auf der Blueprint-Konferenz entsprechende Bedenken geäußert.

Hinsichtlich der Forschungs- und Technologiepolitik wirbt der Blueprint-Bericht für die Förderung von Experimen-



Podiumsteilnehmer (von links): Cindy Foekehrer (Eurochambers), Klaus Rennings (ZEW und Netzwerk-Koordinator), Hugo Brouwer (Wirtschaftsministerium Niederlande), Niels Henrik Mortensen (Umweltamt Dänemark), Marialuisa Tamborra (Generaldirektion Forschung der EU-Kommission).

der laufenden Dekade wohl der Handel mit Umweltnutzungsrechten das dominierende Instrument sein. Der EU-weite Zertifikatehandel wird im Jahr 2005 beginnen. Voraussetzung für jegliche Innovationswirkungen sind allerdings Reduktionsziele, die über ein „Business as Usual“ hinausgehen. Fehlen sie, kommt es zum Handel von heißer Luft, und die In-

ten mit Systeminnovationen auf lokaler und regionaler Ebene, die auch organisatorische Innovationen einschließt. Umweltkriterien sollten zudem Eingang in alle Förderprogramme finden und nicht nur bei Umwelttechnologien, da von allgemeinen Technologien bisweilen höhere Umweltwirkungen ausgehen. Eduardo Morere-Molinero von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission zeigte sich bei der Präsentation des Aktionsplans für Umwelttechnologien offen, die Technologieentwicklungen durch so genannte „Technologieplattformen“ wissenschaftlich begleiten zu lassen. Marialuisa Tamborra von der Generaldirektion Forschung der EU-Kommission forderte die Netzwerkmitglieder auf, den Forschungsbedarf zu konkretisieren und in das laufende 6. Rahmenprogramm sowie die Vorbereitungen des 7. Rahmenprogramms der EU-Kommission einzubringen.

Der Entwurf des Abschlussberichts der Blueprint-Konferenz und weitere Konferenzmaterialien sind auf der Website des Netzwerks (www.blueprint-network.net) als Download verfügbar. ◀

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

ZEW intern

Erneute Ehrendoktorwürde für Professor Franz

■ Die Universität Magdeburg hat Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz die Ehrendoktorwürde verliehen. Franz erhielt die Auszeichnung – die zweite Ehrendoktorwürde innerhalb eines Monats – für seine wegweisenden Beiträge zur Arbeitsmarktökonomik und sein herausragendes Engagement in der wirtschaftspolitischen Beratung. Im Anschluss an die Verleihung hielt Franz einen Vortrag zum Thema „Arbeitslosigkeit: Was wir wissen, was wir nicht wissen und warum wir es nicht wissen.“ ◀



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

ZEW intern

Auszeichnung für Dr. Dirk Engel

■ Auf der 7. interdisziplinären Jahreskonferenz zur deutschsprachigen Gründungsforschung am 6. und 7. November 2003 in München erhielt Dr. Dirk Engel, ehemaliger Mitarbeiter des ZEW-Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, den FGF/bifego Gründungsforschungspreis 2003 für seine am ZEW angefertigte Dissertation zum Thema „Venture Capital für junge Unternehmen“. Die empirische Arbeit widmet sich der Erklärung der Marktentwicklung und regionalen Konzentration von Venture-Capital-Aktivitäten und beschäftigt sich mit den Effekten der Venture-Capital-Finanzierung für die unternehmerische Entwicklung. Sie erscheint in Kürze in den ZEW Wirtschaftsanalysen. ◀



Dr. Dirk Engel

schungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, den FGF/bifego Gründungsforschungspreis 2003 für seine am ZEW angefertigte Dissertation zum Thema „Venture Capital für junge Unternehmen“. Die empirische Arbeit widmet sich der Erklärung der Marktentwicklung und regionalen Konzentration von Venture-Capital-Aktivitäten und beschäftigt sich mit den Effekten der Venture-Capital-Finanzierung für die unternehmerische Entwicklung. Sie erscheint in Kürze in den ZEW Wirtschaftsanalysen. ◀

ZEW-Stellenanzeige

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht für den Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie“ eine/n

Wirtschaftswissenschaftler/in

Sie haben ein wirtschaftswissenschaftliches Studium mit Prädikatsexamen absolviert und interessieren sich für empirische Wirtschaftsforschung.

Ihre Aufgabe besteht in der Auswertung der monatlichen Umfrage „ZEW-Finanzmarkttest“ und ihrer konzeptionellen Weiterentwicklung sowie in der Darstellung der Ergebnisse in ZEW-Publikationen, Presse und Rundfunk. Wir erwarten von Ihnen die Fähigkeit, wirtschaftliche Vorgänge präzise und allgemeinverständlich darstellen zu können. Darüber hinaus werden Sie empirisch ausgerichtete Forschungsprojekte im Finanzmarktbereich bearbeiten und sollten daher über entsprechende Methodenkenntnisse der empirischen Wirtschaftsforschung verfügen.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem jungen Forschungsteam. Zahlreiche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion im Rahmen Ihrer Arbeit wird ausdrücklich unterstützt. Die Vergütung erfolgt nach BAT mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Stichwort „Fin10/03“ an

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Herrn Thomas Kohl
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim

Weitere Stellenangebote:
www.zew.de

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Einführung in die Ökonometrie, 6./7. November 2003, ZEW Mannheim

Computerkurs STATA, 10. November 2003, ZEW Mannheim

Verrechnungspreise – Aktuelle Entwicklungen bei Dokumentation und Funktionsverlagerung, 12. November 2003, ZEW Mannheim

Moderation von Besprechungen, Diskussionen und Projektgruppen, 13./14. November 2003, ZEW Mannheim

Computerkurs EViews, 17. November 2003, ZEW Mannheim

Marktforschung: Grundkurs, 24. November 2003, ZEW Mannheim

Marktforschung: Aufbaukurs, 25. November 2003, ZEW Mannheim

Minimierung von Personalkosten, 27./28. November 2003, ZEW Mannheim

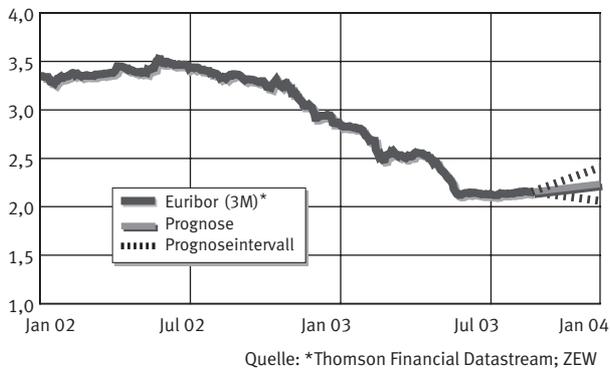
Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 1: Grundlagen, 4./5. Dezember 2003, ZEW Mannheim

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

Daten und Fakten

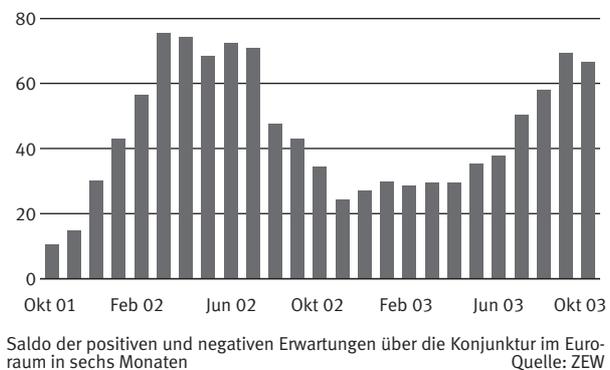
ZEW-Finanzmarkttest im Oktober



ECB-Watch: EZB bleibt bei Politik des billigen Gelds

Im Einklang mit der leicht rückläufigen Entwicklung der Konjunkturerwartungen schwingt das Pendel auch bei den Zinserwartungen im Oktober leicht zurück. Die Lager der Optimisten und Pessimisten sind nun fast völlig ausgeglichen. Eine Minderheit von je rund 14 Prozent der befragten Finanzexperten erwartet einen höheren oder einen niedrigeren Euribor in drei Monaten, während die breite Mitte (72,1 Prozent) mit unveränderten Dreimonatszinsen rechnet. Am langen Ende des Kapitalmarkts stehen die Zeichen indes unverändert auf Aufschwung: Eine deutliche Mehrheit der Finanzexperten erwartet steigende Langfristzinsen in den USA und in Deutschland.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

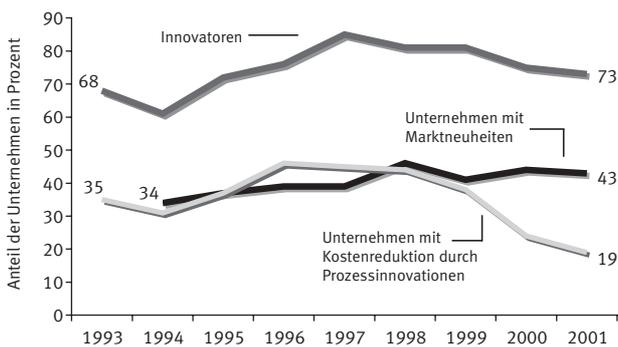


Euroraum: Konsolidierung

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben im Oktober ihren Aufwärtstrend nicht weiter fortgesetzt, sondern sind leicht von 69,6 im September auf nun 66,8 Punkte gefallen. Ein Grund für die Konsolidierung auf hohem Niveau dürfte zum einen die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen Wochen sein, die den europäischen Exporteuren zunehmend Ertragsprobleme bereitet. Zum anderen nähren aber auch uneinheitliche Konjunkturdaten aus den USA Zweifel an der Dynamik des weltweiten Konjunkturaufschwungs und bremsen den Konjunkturoptimismus der befragten Finanzmarktexperten für die Eurozone.

Volker Kleff, kleff@zew.de

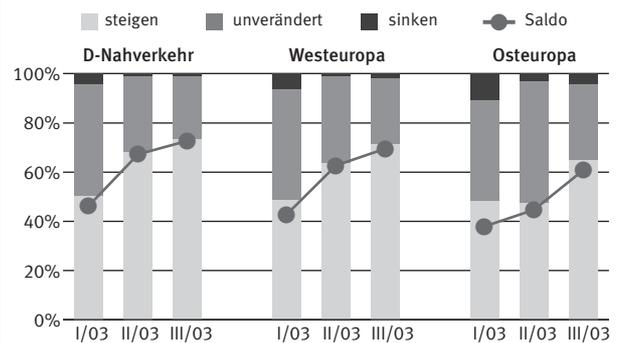
Maschinenbau: Innovatorenanteil überdurchschnittlich hoch



Kaum eine andere Branche ist so innovativ wie der deutsche Maschinenbau. Nachdem der Anteil der Innovatoren an allen Unternehmen der Branche von 75 auf 73 Prozent leicht gesunken war, liegt der Maschinenbau im Jahr 2001 auf Platz 2 knapp hinter der Elektroindustrie (76 Prozent). Deutlich zurückgegangen ist im Jahr 2001 der Anteil der Unternehmen mit Kosten senkenden Prozessinnovationen. Nicht einmal jedes fünfte Maschinenbauunternehmen hat im Jahr 2001 durch neue Verfahren und Prozesse seine Kosten gesenkt, im Jahr 2000 war es noch fast jedes vierte. Vom Spitzenwert des Jahres 1996 ist man inzwischen sogar 25 Prozentpunkte entfernt.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

LKW-Maut in Deutschland – wann kommt sie nun?



Nachdem der Termin zur Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) nochmals verschoben wurde, bleibt für die vierte Erhebungsrunde 2003 abzuwarten, wie die Preisprognosen der Experten des GLS TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW ausfallen. Legt man die Einschätzungen der vergangenen zwei Quartale zugrunde, gingen vor jeder Ankündigung immer mehr Experten davon aus, dass die LSVA nun „endlich“ eingeführt wird und somit Kosten und Transportpreise steigen. Im dritten Quartal 2003 rechneten zwischen 75 und 80 Prozent für den nationalen und 65 und 70 Prozent für den internationalen Verkehr mit steigenden Preisen.

Georg Bühler, buehler@zew.de



standpunkt

Berufungen

Bei der Gewichtung der Auswahlkriterien für die Besetzung vakanter Lehrstühle zeichnen sich in einigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Deutschlands in den vergangenen Jahren Tendenzen ab, die eine behutsame Reflexion angezeigt erscheinen lassen.

Selbstverständlich gebührt beim Auswahlkriterium das höchste Gewicht der wissenschaftlichen Exzellenz der Bewerber. Das sollte völlig unstrittig sein und ist es in der Regel auch. Allerdings mutiert diese Richtschnur in ihrer praktischen Ausgestaltung hin und wieder zu einem bloßen Zählappell von wissenschaftlichen Beiträgen in international höchst angesehenen Zeitschriften. Alle anderen Aspekte bleiben unberücksichtigt, wie beispielsweise weitere wissenschaftliche Arbeiten, das didaktische Können, die Teamfähigkeit und die Kooperationsbereitschaft. Folgerichtig werden die Bewerber lediglich nach der Anzahl ihrer Publikationen in den internationalen Top-Journals gereiht (gegebenenfalls erfolgt eine Normierung im Hinblick auf das Lebensalter), und nur die ersten fünf Platzierten werden überhaupt zu einer Vorstellung eingeladen.

Das ist sicherlich in einer Reihe von Fällen gut gegangen, aber Fehlentwicklungen können in einzelnen Fakultäten ebenfalls besichtigt werden. Bei den Lehrveranstaltungen der dergestalt Berufenen verdient vor allem die Leidenschaft der Studierenden Bewunderung, während die Forschungsaktivitäten der betreffenden Fakultät durch chaotische Glasperlenspieler bereichert werden, um es überspitzt zu formulieren.

Noch einmal: Hier wird nicht einer wissenschaftlichen Mittelmäßigkeit das Wort geredet, sondern zu bedenken gegeben, ob sich das Auswahlkriterium allein in der Anzahl von Artikeln in Top-Journals erschöpfen sollte. Mittlerweile hat sich diese Tendenz nämlich bei den Nachwuchswissenschaftlern herumgesprochen, mit teilweise irritierenden Folgen. So setzte mir unlängst ein durchaus vielversprechender Nachwuchswissenschaftler haarklein auseinander,

wie er mit Hilfe eines „strategischen Zitierens“ einen Beitrag in einer sehr angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift „untergebracht“ habe; von dem Inhalt des Beitrags war zu meiner Überraschung allenfalls am Rande die Rede. Ohnehin existieren dem Vernehmen nach insbesondere in angelsächsischen Wissenschaftskreisen diverse „Zitierzirkel“ (also: „zitierst Du mich, zitier ich Dich“). Vor einigen Jahren beantwortete ein amerikanischer Wissenschaftler die Frage, warum er nicht den in einer renommierten, englischsprachigen Fachzeitschrift abgedruckten Originalbeitrag deutscher Wissenschaftler, sondern lieber dessen einleitende Zusammenfassung seitens eines anderen amerikanischen Wissenschaftlers zitiert habe, mit „It does not pay off to quote a German“, wobei er dies in ausgesprochen liebenswürdigem Ton als ziemliche Selbstverständlichkeit von sich gab.

Die ausschließliche Fixierung auf die beschriebenen Publikationen hat weitere Folgen, die berücksichtigt werden sollten. Jegliches Engagement in der akademischen Selbstverwaltung, im wissenschaftlichen Gutachterwesen (etwa bei Forschungsförderinstitutionen oder wissenschaftlichen Zeitschriften) oder in der wirtschaftspolitischen Beratung ist, gemessen an einem solchen Ausschließlichkeitskriterium, eher karriereschädlich. Wer soll diese wichtigen Aufgaben dann wahrnehmen – diejenigen, die den Zenit ihres wissenschaftlich ertragreichen Schaffens überschritten haben? Wer soll sich dann noch mehr als unbedingt erforderlich in der Lehre engagieren – die Juniorprofessoren, die jene (Groß-)Veranstaltungen zu übernehmen haben, zu denen ihre Kollegen keine Zeit oder Lust haben?

Fazit: Wissenschaftliche Exzellenz – unbedingt, pure Zählappelle – bedenklich.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher